



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/70 - 24.3.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

8 O N N, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Zum deutschen Wehrbeitrag	S. 1
Polens neue Verfassung	S. 3
Schumans Zauberformel	S. 5
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 7

---

## Unser Nein -

Fragen des deutschen Verteidigungsbeitrages in Einzeldarstellungen

-----  
Von Fritz Erlor, MdB

### V. Frankreich und die Europaarmee

Der französische Delegierte in der Atlantikpaktorganisation, Hervé ALPHAND, der gleichzeitig Vorsitzender der Konferenz für die Europaarmee ist, hat am 13. März d.J. vor dem Amerikanischen Klub in Paris erklärt, daß er die Aufgabe erhalten habe, dem vom französischen Parlament ausgesprochenen Willen über die Einzelheiten der Verschmelzung der europäischen Streitkräfte weitestgehend Rechnung zu tragen. Was sind Frankreichs Forderungen ?

Die Französische Nationalversammlung faßt die deutsche Gleichberechtigung etwas merkwürdig auf. In den verschmolzenen Organismen sollen die Deutschen selbstverständlich gleichberechtigt sein, aber vorher müßten sie gewisse Sicherheiten auf dem Gebiet der Rüstungsfabrikation, der Polizei und der Verteilung der finanziellen Lasten gewähren. Das bedeutet, daß nur die deutsche Industrie von der ausländischen Konkurrenz beaufsichtigt, nur die deutsche Polizei fremder Kontrolle unterworfen ist und gerade der deutsche finanzielle Beitrag einem besonderen Interesse begegnet. Vom Standpunkt der Gleichberechtigung könnte es diese Sicherheiten doch nur für alle Partner gegenseitig geben.

Bindend hat die Kammer festgelegt, daß Deutschlands Aufnahme in die Europaarmee keinesfalls seinen Eintritt in den Atlantikpakt bedeuten dürfe. Außenminister Schuman hat in seiner Rede festgestellt, daß die Europaarmee nur ein Element der atlantischen Streitkräfte sein würde und genau wie die Nationalarmeen zur Verfügung des atlantischen Kommandos stünde. Im Lichte dieser Erklärung wird einem erst bewußt, was der Ausschluß aus dem Atlantikpakt soll. Die Deutschen leisten einen Beitrag zu einer Militärorganisation, auf deren Entschlüsse sie keinen mitbestimmenden Einfluß haben.

Die Kammer hat einige Wünsche über die Berücksichtigung der französischen Leistungen in Indochina (von den deutschen Blutopfern dort war nicht die Rede), über die Verwirklichung der notwendigen ökonomischen Grundlagen und schließlich über das Belassen einer ausreichenden Zahl amerikanischer und britischer Streitkräfte auf dem Kontinent formuliert. Wie sehr sie besessen ist von der Vorstellung, daß Deutschland fast noch gefährlicher ist als die Sowjetunion, ergibt ihr Beschluß, daß die französischen in Europa verfügbaren Kontingente immer mindestens die gleiche Stärke wie die jedes anderen Mitgliedes der Europaarmee haben müßten. Das zeigt, daß das Hauptziel der Europaarmee offenbar gar nicht die Sicherheit vor der östlichen Gefahr ist. Sonst wäre diese französische Bremse sinnlos.

Entgegen dem bisherigen Verhandlungsverlauf wird die Verschmelzung der nationalen Kontingente in der kleinstmöglichen Einheit verlangt und schließlich die Opposition Frankreichs gegenüber der Wiedererstehung einer deutschen Nationalarmee und einem deutschen Generalstab ausgesprochen, wofür wir volles Verständnis haben. In diesem Punkt ist inzwischen die russische Diplomatie den Franzosen sehr in den Rücken gefallen. Es gibt prächtige Eiertänze in der französischen kommunistischen Presse, um dem französischen Volk die plötzliche Begeisterung der Russen für eine deutsche Nationalarmee begreiflich zu machen.

Selbst dieser Beschluß ist vom Außenminister Schuman mit dem auch vom Kanzler benutzten Argument der Eile durchgesetzt worden. Beide Völker werden durch künstliche Panikmache zu übereilten Schritten veranlaßt. Nach Schuman wird das Besatzungsregime für Deutschland nur erleichtert, wenn die deutsche Teilnahme an der gemeinsamen Verteidigung gesichert ist. Es handelt sich also nicht um einen freiwilligen Entschluß des deutschen Volkes, sondern man versucht, eine Zwangslage auszunutzen. Schuman wünscht, daß die den Deutschen auferlegten Beschränkungen künftig auf vertraglicher Grundlage beruhen statt, wie heute, einseitig auferlegt worden zu sein. Das ist genau das, was die Sozialdemokratie der Außenpolitik der Bundesregierung verwirft. Von der Aufnahme Deutschlands in den Atlantikpakt befürchtet er eine Verschärfung der internationalen Spannungen, weil er auf eine gütliche Einigung mit Rußland über die Wiederherstellung der deutschen Einheit hoffe. Hat nicht die Aufnahme Deutschlands in die Europaarmee genau die gleiche Wirkung? Ist es nicht vielleicht doch eine bessere Auslegung der französischen Politik, wenn die große Zeitung "Samedi-stir" die Einverleibung Westdeutschlands in Westeuropa fördert, damit die Westdeutschen ihr Streben nach der deutschen Einheit vergessen und sich mit der Teilung ihres Landes abfinden? Das scheint in Wahrheit der Hintergrund der gesamten gegenwärtigen Integrationspolitik zu sein.

+ + +

Die Sowjetisierung Polens

Von unserem O.H.-Mitarbeiter für osteuropäische Fragen

Der Umbau Polens zu einem Sowjetstaat wird mit der jetzt im Entwurf vorliegenden neuen Verfassung seine Vollendung erfahren. Gleich nach dem Antritt seiner Macht in dem von der Sowjetarmee besetzten Teil Polens im Jahre 1944, führte der von Moskau eingesetzte "Landesvolksrat" durch Gesetz vom 11. September 1944 in Polen das System der "Volksräte" ein und schaltete die vor 1939 nach demokratischen Grundsätzen gewählten regionalen Legislativen (Wojewodschafts-, Kreis- und Gemeinderäte) aus. Die Exekutivorgane, und zwar die Wojewoden, Landräte, Bürgermeister und Gemeindevorsteher wurden durch dieses Gesetz noch nicht betroffen, wurden aber jetzt von den aus Vertretern der Parteien, der Gewerkschaften und anderen kommunistischen oder kommunistenhörigen Organisationen gebildeten Volksräten gewählt. Damit hatten die Kommunisten bei den unteren Verwaltungsorganen von vornherein jeden unerwünschten Einfluß ausgeschaltet. Im übrigen wurde die Verfassung vom Jahre 1921 der Form nach wieder in Kraft gesetzt, nicht aber die vor Pilsudski-Regime im Jahre 1935 beschlossene.

Im Zuge der Festigung der kommunistischen Gewalt in Polen folgte stufenweise der weitere Umbau nach sowjetischem Muster. Durch die am 19. Februar 1947 beschlossene "Kleine Verfassung" wurde zunächst der Landesvolksrat aufgelöst und die Volksräte dem Staatsrat, also schon direkt einem staatlichen Organ, unterstellt. Der entscheidende Schritt zur Sowjetisierung der polnischen Verwaltung wurde jedoch im Jahre 1950 durch die Abschaffung der Exekutivorgane der Provinzial- und Gemeindeverwaltungen getan, deren Funktionen nun auch auf die Volksräte übergingen.

Obgleich die Sowjetisierung Polens auf diese Weise praktisch bereits vollzogen war, blieb die demokratische Verfassung vom Jahre 1921 aber noch immer in Kraft. Doch schon der im Jahre 1947 gewählte Sejm hatte den besonderen Auftrag, bis Ende 1952 auch eine neue Verfassung zu schaffen. Diese ist nun von einer Kommission unter Vorsitz des Staatspräsidenten Bierut im Entwurf ausgearbeitet und vom Warschauer Politbüro der Öffentlichkeit bis zum 6. April d.J. zur

Diskussion vorgelegt worden. Das Politbüro tat dies mit der bezeichnenden Bemerkung, daß die Verfassung "mit den gegebenen Direktiven im Einklang steht". Schon dieser Hinweis macht jede wirkliche Diskussion über den Wert oder Unwert des Verfassungsentwurfs illusorisch.

Das Abhängigkeitsverhältnis des volksdemokratischen Polens von der Sowjetunion wird in der neuen Verfassung klar herausgestellt. In der Präambel heißt es ausdrücklich, die Befreiung Polens sei ein Werk der UdSSR. Als Grundlage der Volksmacht in Polen wird das Bündnis der "Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft" bezeichnet, in welchem Bündnis "die Führung der Arbeiterschaft zukommt, die sich auf die revolutionären Errungenschaften der polnischen und der internationalen Arbeiterbewegung sowie auf die historischen Erfahrungen des siegreichen sozialistischen Aufbaues in der UdSSR stützt".

Nachstehend einige grundlegende Bestimmungen der neuen Verfassung: Der ganze Staatsaufbau wird auf die "Begrenzung, Verdrängung und Liquidierung der sozialen Klassen" gerichtet sein, die von der Ausbeutung der Arbeiterschaft leben. Das volksdemokratische Polen stützt sich auf die sozialisierten Einrichtungen der Produktion, des Verkehrs, des Warenaustausches und des Kredits. Der Außenhandel ist einem Staatsmonopol unterstellt. Der individuelle Besitz wird anerkannt, ebenso das Erbrecht, jedoch mit der Begrenzung auf Bauern, Handwerker und kleine Hausbesitzer. Oberstes Organ der Staatsverwaltung wird ein 15köpfiger Staatsrat sein. Mit Ausnahme der nur kurze Zeit dauernden Parlamentstagungen wird der Staatsrat die uneingeschränkte Macht im Staate ausüben, er kann den Belagerungszustand verhängen, die Generalmobilmachung anordnen und selbst eine Kriegserklärung aussprechen. An die Stelle des Staatspräsidenten tritt der Vorsitzende des Staatsrates. Das oberste Verwaltungsorgan ist der Ministerrat; in den Landesbezirken, Kreisen und Gemeinden regieren die Volksräte nach dem Muster der Sowjets in der UdSSR. Die Verfassung sichert den Staatsbürgern zwar die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Meinungsfreiheit ebenso zu wie die Verfassung der Sowjetunion, daß das aber nur eine Farnsache ist, braucht nicht besonders erläutert zu werden.

Die neue polnische Verfassung führt noch nicht die völlige Gleichschaltung mit dem Moskauer Sowjetsystem herbei, sondern schafft erst die Grundlagen zur Erreichung dieses Zieles. Daß es aber erreicht wird, daran ist nicht zu zweifeln. Vorerst hielt man es für zweckmäßig, noch einige Rücksicht auf das stark ausgeprägte nationale Selbstbewußtsein des polnischen Volkes zu nehmen.

Schumans Zauberformel

(sp) Die weitere Entwicklung der Saarfrage muß nach den Ereignissen am letzten Wochenende vom deutschen Standpunkt aus mit ange strengtester Aufmerksamkeit und äußerst wachem Mißtrauen beobachtet werden. Leider kann sich diese Notwendigkeit nicht nur auf französische Ansprüche oder auf die sogenannte Hoffmann-Regierung beziehen, es muß, mehr noch als bisher, auch den deutschen Bundeskanzler einschließen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird die Dinge keinesfalls auf sich beruhen lassen, und es ist damit zu rechnen, daß es sehr bald zu einer großen Bundestagsaussprache kommen wird. Der Preisgabe des deutschen Standpunktes darf nicht die Preisgabe deutschen Gebietes folgen.

Der Tatbestand, von dem man auszugehen hat, ist der: Der Kanzler, vom Bundestag beauftragt, den deutschen Standpunkt in der Saarfrage, d.h. vor allem die Beschwerde über die undemokratischen Verhältnisse an der Saar vor dem Minister-Ausschuß des Europarates ausführlich darzulegen, hat darauf eigenmächtig verzichtet und sich stattdessen mit einer Maßnahme (der Bildung eines Dreierausschusses aus je einem Vertreter Frankreichs, Deutschlands und der sogenannten Saarregierung) einverstanden erklärt, von der wenig später der französische Außenminister sagte, sie beinhalte die Anerkennung der Regierung Hoffmann durch den Bundeskanzler. Schuman hatte außerdem, um wirklich kaum noch mögliche Mißverständnisse zu beseitigen, ausdrücklich hinzugefügt: "Wir beharren fest auf unserer Position, nämlich der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion und der politischen Abtrennung von Deutschland".

Eine für Deutschland ungeheuer wichtige Frage wurde "im Handkehrum", wie die "Neue Zürcher Zeitung" schrieb, erledigt. Das war ungewöhnlich, auch nach den ungewöhnlichen Maßstäben der Außenpolitik Dr. Adenauers. Aber es scheint doch eine Erklärung, auch dafür zu geben. Nach zuverlässigen, aus dem Auslande stammenden, Informationen, hat der französische Außenminister dem Kanzler vor längerer Zeit in einer persönlichen Unterhaltung unter vier Augen eröffnet, er, Schuman, sehe ein, daß eine Deutschland nicht befriedigende Regelung des Saar-Problems zwar im Augenblick einen Vorteil für Frankreich darstelle, sich aber wegen der bleibenden

Belastung des deutsch-französischen Verhältnisses auf die Dauer in einen Nachteil für Frankreich verkehren werde. Freilich hat er dann hinzugefügt, seine innerpolitische Gefährdung gestatte ihm nicht, diese seine Ansicht offen auszusprechen.

Dies ist offenbar die Zauberformel Schumans gewesen, die keine unkluge Einschätzung seines Verhandlungspartners verrät. Der Kanzler erlag ihr. Sie veranlaßte ihn, zu meinen, es werde nun schon bald in der Saarfrage zu einer auch im deutschen Sinne günstigen Lösung kommen. Er setzte im Bundestag gegen die Schumansche die eigene Beschwörungsformel: Glauben Sie mir doch !

Das Bundespresseamt hat am Sonnabend erklärt, in der Zustimmung zu der erwähnten Dreierkommission sei keine Anerkennung der Hoffmann-Regierung eingeschlossen. Wir befürchten, daß die gegenteilige Auffassung des französischen Außenministers mehr Gewicht hat, auch sehr viel mehr Gewicht übrigens, als seine zitierte eigene frühere Äußerung über die Gefahren einer Deutschland nicht befriedigenden Saarregelung.

+ + +

"Le Monde" wurde deutlich

"Es wäre allzu leicht nachzuweisen, wie schlecht es der Bundesregierung ansteht, von 'demokratischen Freiheiten' zu sprechen und den repräsentativen Charakter einer ausländischen Regierung anzuzweifeln, nachdem sie selbst die letzte Zeit ihrer Amtsdauer noch benutzt, um dem deutschen Volk die Wiederaufrüstung aufzudrängen, die es nicht will".

"Le Monde"

(sp) Das schrieb der halboffizielle "Le Monde", der dem französischen Außenministerium nahesteht, vor dem Beginn der Saargespräche mit Schuman, die mit einer deutschen Kapitulation endeten. Herr Hoffmann und das hinter ihm stehende Frankreich leiten die Verschärfung ihres undemokratischen Kurses an der Saar von der autoritären Politik des Bundeskanzlers ab. Was dem Einen recht, muß dem Anderen billig sein. Mit erschreckender Deutlichkeit erweist sich an der Saarfrage der Zusammenhang zwischen Demokratie und deutschem Behauptungswillen. Der Bundeskanzler will, ohne dazu legitimiert zu sein, den deutschen Wehrbeitrag unter allen Umständen durchpeitschen, Herr Hoffmann will seine Semi-Diktatur im Schatten Frankreichs für alle Zeiten sichern - und beide sind in der Anwendung der Mittel nicht gerade wählerisch. Der Erfolg dieser Politik geht auf Kosten deutscher Lebensinteressen und der deutschen Demokratie.

+ + +

Nachrichten aus der Sowjetzone

Das Ostbüro der SPD teilt mit:

Die Reparationsleistungen der Sowjetzone an die Sowjetunion beliefen sich im Jahre 1951 auf 4.236,32 Millionen M-Ost. Die höchste Summe entfällt auf die Leistungen aus der laufenden Produktion der sowjetzonalen Wirtschaft. Sie beträgt 2.570,38 Millionen M-Ost. Die Reparationsleistungen der Sowjetzone in Höhe von 4,2 Mrd M an die Sowjetunion betragen rund 20 Prozent des Warenproduktionswertes der sowjetzonalen Industrie. In diesen Zahlen sind jedoch nicht die Summen enthalten, die auf unkontrollierbare Weise von der Wismut A.G. in Form von Waren und Bargeldern der sowjetzonalen Wirtschaft entnommen wurden.

x

Der sowjetzonale Minister für Schwermaschinenbau, Ziller, hat in einem Sonderrundschreiben angeordnet, daß 1952 Reparationsaufträge in der Hauptsache durch Sowjet-AGs ausgeführt werden sollen, damit Stockungen wie sie 1951 aufgetreten sind, künftig vermieden werden. Zulieferbetriebe, die die ihnen übergebenen Verträge nicht innerhalb vier Wochen abschließen können, werden mit Ordnungsgeldern in Höhe von fünf Prozent des Auftragswertes pro Monat durch das Amt für Reparationen belegt.

x

Die Reserven für die Versorgung Ostberlins mit Fleisch und Kartoffeln, die von Mecklenburg vorgenommen wird, sind nahezu erschöpft. Während Fleisch bereits seit Anfang März nicht mehr verfügbar ist, reichen die Kartoffelreserven nur noch bis Ende dieses Monats aus. Die volkseigenen Ein- und Aufkaufsbetriebe, die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und die SED, Abteilung Landwirtschaft, haben radikale Erlassungsaktionen angeordnet, die jedoch zu keinem Erfolg führen werden, da in fast allen Kreisen Mecklenburgs die Entlassungs- und Aufkaufspläne bei weitem nicht erfüllt werden konnten. Lieferungsversprechen konnten bisher kaum zu 50 Prozent eingehalten werden.

x

Im Mansfelder Kupferbergbau sind auf dem Schacht "Ernst Thälmann" ca. 200 politische Häftlinge des Lagers Volkstadt vor Ort eingesetzt. Die Häftlinge, die täglich den 3/4stündigen Weg vom Lager zum Schacht unter starker Vopo-Bewachung zurücklegen, müssen unter primitivsten Voraussetzungen als Hauer und Schlepper arbeiten. Unfälle und Verletzungen sind bei den dort herrschenden Arbeitsbedingungen keine Seltenheit.

x

In verschiedenen Orten des Kreises Teltow werden jetzt ebenso wie bereits vor Monaten im Gebiet der Wismut A.G. in Südwestsachsen und in der Umgebung der Ostschäfen Rentner und alleinstehende arbeitsunfähige Personen aus ihren Wohnungen exmittiert, indem ihnen nahegelegt wird, zu Verwandten zu ziehen. Die Wohnungen müssen für Arbeiter des Schwermaschinenbaus Wildau freigemacht werden.

---

Verantwortlich: Peter Raunau